

BMVBS-Forschungsvorhaben

# Wahrnehmung und Bewertung der deutsch-deutschen Einheit

## Kurzfassung der Projektergebnisse

Juni 2009



Durchgeführt vom  
**Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung**

### Projektleitung:

Frank Thomas Koch (BISS Berlin-Brandenburg)

Raj Kollmorgen (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg)

Hans-Liudger Dienel (Nexus Institut Berlin)

(Der Online-Dialog wurde durch Zebralog Berlin unter Leitung  
von Daniela Riedel realisiert)



# I. Stand, Wahrnehmungen und Konfliktfelder der deutschen Einheit

## I.1 Stand der Deutschen Einheit

- (1) *Der Vereinigungsprozess* ist nach fast zwanzig Jahren in wirtschaftlicher, politischer, sozialstruktureller und kultureller Hinsicht *weit fortgeschritten*. Die Bundesrepublik verfügt über funktionierende und stabile Basisinstitutionen einer marktwirtschaftlich-demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft, die sich auch nach 1990 im Kern bewährt haben. Die Bedeutung dieser bewährten Institutionenordnung für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft und die Gestaltung ihrer Zukunft wird nicht zuletzt angesichts vergangener Umbruchprozesse in Deutschland (wie nach 1918 oder nach 1945) und vergleichbarer Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa (nach 1988/89) erkennbar. Die marktwirtschaftlich-demokratischen Basisinstitutionen der Bundesrepublik und ihre ökonomische Leistungskraft bilden zusammen mit einer gefestigten demokratischen politischen Kultur sowie den massenhaften Demokratisierungs- und Umbauerfahrungen in den neuen Bundesländern (seit 1989) das Fundament für die weitere Gestaltung der deutschen Einheit.
- (2) Die *Erfolge im deutschen Vereinigungsprozess* sind in allen gesellschaftlichen Bereichen und Dimensionen beeindruckend: Die Modernisierung der ostdeutschen Produktions- und Infrastruktur, die Sanierung der ostdeutschen Städte, der im Vergleich mit anderen mittel- und osteuropäischen Transformationsgesellschaften und der Lage in der späten DDR enorme Zuwachs an Wohlstand und (nicht zuletzt: ökologischer) Lebensqualität, die Selbstverständlichkeit demokratischer Politik und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger im gemeinsamen Staatswesen sowie die vielfältigen lebensweltlichen Kontakte und Partnerschaften zwischen Ost und West legen davon täglich Zeugnis ab.
- (3) Die *deutsche Teilung* ist gleichwohl in vielerlei Hinsicht noch nicht überwunden. Alle wichtigen Indikatoren zum Stand der materiellen und symbolischen Vereinigung (von der Wirtschaftskraft über das Wohlstandsniveau bis zu kollektiven Identitätsformationen) lassen erkennen, dass die Ost-West-Differenz noch immer andere regionale Disparitäten überragt und insofern eine der zentralen deutschen Ungleichheits- und Desintegrationslinien darstellt.
- (4) Neben den sozioökonomischen Ungleichheiten und ostdeutschen Entwicklungsproblemen (trotz massiver finanzieller Transfers) kommt der *soziokulturellen oder mentalen Dimension des Vereinigungsprozesses* eine große Bedeutung in der weiteren Gestaltung der Einheit zu, die selbst wieder auf die materiellen Dimensionen zurückwirkt, mit diesen verschränkt ist. Dabei spielen drei Momente eine entscheidende Rolle: *kollektive Identitätsformationen* („Ostdeutsche“, deutsch-deutsche Fremdheiten), *kollektive Anerkennungsdesiderata* („Gleichwertigkeit“, „Bürger zweiter Klasse“, Würdigung der Lebensleistungen) sowie *Enttäuschungskurven gegenüber Geschwindigkeit und Umfang der Angleichung*. Trotz klarer Tendenzen einer auch soziokulturellen Vereinigung seit 1990 sind in allen drei miteinander zusammenhängenden Momenten bestimmte Verfestigungsprozesse von Fremd- und Ungleichheiten erkennbar. Allerdings nehmen parallel die *generationalen Differenzierungen* zu. Obwohl auch in den jüngeren Generationen der nach 1989 Geborenen die deutsche Teilung nicht schlechterdings irrelevant ist, erscheint den Ju-

gendlichen die deutsche Einheit als selbstverständliche gesellschaftliche Realität und Rahmen individueller Entwicklungschancen.

- (5) Die deutsche Einheit vollzieht sich in zunehmendem Maß im Rahmen dynamischer *Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse*, die die Parameter für die System- und Sozialintegration in Deutschland fortschreitend verändern. Insofern hat sich nicht allein der Osten der Republik seit 1989/90 dramatisch verändert. Mit dem Beitritt der fünf neuen Länder und Ostberlins und den europäischen wie globalen Entwicklungen vollziehen sich auch in den alten Ländern gravierende „*Transformationsprozesse*“, steht Deutschland insgesamt vor substanziellen Herausforderungen. Die weitere Gestaltung des Vereinigungsprozesses bedarf daher der stärkeren Einbettung in diese übergreifenden Dynamiken. Das Projekt einer „*sozialen Einheit*“ als gesamtgesellschaftlich orientiertes und die gemeinsame soziale Praxis zentrierendes Modell (siehe II.2) stellt sich diesen Dimensionen zukünftiger Einheitsgestaltung.

## **I.2 Wahrnehmungen und Bewertungen der deutschen Einheit nach 20 Jahren**

Eine aktuelle sozialwissenschaftliche Analyse der Wahrnehmungen und Bewertungen der deutschen Einheit in den vier zentralen Diskursfeldern: *Sozialwissenschaft, Politik, Massenmedien und Bevölkerungseinstellungen* führt zu drei zentralen Erkenntnissen:

- (1) Für das Thema Ostdeutschland und deutsche Einheit ist – bis auf wenige hoffnungstiftende Ausnahmen in der letzten Zeit – in allen vier Diskursfeldern eine *diskursive Stagnation* erkennbar. Diese umfasst zum einen den quantitativen Bedeutungsverlust des Themas, obwohl die Unkenntnisse, Fremdheiten und Problemwahrnehmungen zwischen Ost und West in wichtigen Bevölkerungsgruppen kaum abgenommen haben. Sie besitzt zum anderen eine inhaltliche Seite. Stagnation bedeutet hier: kaum veränderte ostdeutsche Identitätsformationen (Identifikation mit Ostdeutschland), die Wahrnehmungen von klarer Benachteiligung Ostdeutscher im gemeinsamen Staatswesen (Syndrom des „Bürger zweiter Klasse“) und enttäuschte Erwartungen an die Einheit in materieller und symbolischer Hinsicht – ohne dass in absehbarer Zeit wesentliche Verbesserungen angenommen werden (z.B. hinsichtlich der Lohn- und Gehaltsangleichung oder des Umfangs der Arbeitslosigkeit). Auf der Ebene der Bevölkerungseinstellungen kann zusammenfassend von einer thematischen Stagnation durch Hinnahme und erschöpfte Hoffnungen gesprochen werden (Das gilt für Ost- wie für Westdeutsche). In den öffentlichen, namentlich massenmedialen, partiell auch parteipolitischen Diskursen ist über den Stagnationsbefund hinaus eine zunehmende Ritualisierung sowie Skandalisierung und Exotisierung vor allem ostdeutscher Eigenheiten und (vermeintlicher) „Defizite“ zu diagnostizieren.<sup>1</sup>
- (2) Die Diskurse zu Ostdeutschland und deutscher Einheit bleiben – gerade im Bereich der Massenmedien und in den Alltagswelten beachtlicher Bevölkerungsgruppen (vor allem der mittleren und alten Generation der heute zwischen 45 und 85-Jährigen) – zwischen Ost und West, den großen ideologischen Lagern sowie zwischen sozialen Statusgruppen

---

<sup>1</sup> Die Pilotphase des Online-Dialogs hat insbesondere die letztgenannten Erkenntnisse nachdrücklich bestätigt und in bestimmter Hinsicht konkretisiert (siehe Auswertung des Dialogs ).

voneinander *geschieden*, zum Teil sogar gespalten. Das hat diskursive Schließungen zur Folge und blockiert wechselseitige Aufklärungs- wie Lernprozesse.<sup>2</sup>

- (3) Die entscheidenden Themen und Bewertungshorizonte von ostdeutschen Umbrüchen und deutscher Einheit sind: (a) *wirtschaftliche (Unter-)Entwicklung* und (als Maßstab): selbsttragendes Wachstum sowie wirtschaftliche Modernität (BIP, Produktivität, Weltmarktverflechtung – im Vergleich mit Westdeutschland); (b) *wirtschaftlich-soziale Angleichung bzw. Gleichheit zwischen Ost und West* und (als zentrales Bewertungskriterium): „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“; (c) *symbolische oder sittliche Missachtungen oder Benachteiligungen Ostdeutscher* in der gemeinsamen Nationalstaatsgesellschaft und (als Maß der Überwindung): symmetrische Anerkennung von Zugehörigkeiten (Identitäten), Biographien und Lebensleistungen in Ost und West.

### **I.3 Gegenwärtige und zukünftige Problemfelder und Konfliktlinien**

Im Rückgriff auf die Ergebnisse dieser Analyse lassen sich aus sozialwissenschaftlich reflektierender Perspektive folgende *gegenwärtige und zukünftige Problem- und Konfliktfelder* im Prozess der deutschen Einheit bestimmen:

- (1) Geschichte und Erinnerung von Zweistaatlichkeit, „Wende“ und staatsrechtlicher Vereinigung.
- (2) Rechtliche, positionale und sittliche Anerkennungen der Ostdeutschen im gemeinsamen Staatswesen und die Gefahr einer „Ethnifizierung“ Ostdeutscher als soziale Verlierer, Unterschicht und Angehöriger einer peripheren Großregion.
- (3) „Angleichung“ sowie „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ zwischen Ost und West: Dimensionen, Maß und Frist.
- (4) (Finanzielle) Transfers von West nach Ost und das Bedürfnis ostdeutscher Selbstständigkeit und Selbstgestaltung.
- (5) Zugespitzte Problemlagen (wie Arbeitslosigkeit, beschleunigter demographischer Wandel) und „avantgardistische“ Lösungsansätze in Ostdeutschland (von Arbeitsmarktproblemen über Kinderbetreuung, Bildung und regionale Innovationsförderung bis zu Ansätzen einer neuen kommunalen Governance).
- (6) (Als zusammenfassendes Problem- und Konfliktfeld:) Modelle der weiteren Einheits- und gesamtdeutschen Zukunftsgestaltung.

---

<sup>2</sup> Der Online-Dialog lässt allerdings erkennen, dass die politisch aktive Bevölkerung in Ost und West die deutsche Einheit in ihren positiven wie negativen Aspekten in beachtlicher Weise analog einschätzt (siehe untenIII.).

## I.4 „Soziale Einheit“ als Paradigma zukünftiger Einheitsgestaltung

Die Überwindung der Stagnation in Wahrnehmung und Bewertung der deutschen Einheit sowie die Bestimmung und Unterstützung neuer progressiver Wege im Umgang mit den deutsch-deutschen Problemlagen und Konfliktfeldern bedarf sowohl einer *prozeduralen* wie einer *inhaltlichen Reformulierung des politischen Kommunikations- und Handlungsansatzes*.

Prozedural ist die Einsicht zentral, dass öffentliche Diskursformationen und Handlungspraxen sich *wechselseitig* erzeugen, reproduzieren und ggf. verstärken. Wer neue Handlungsorientierungen und soziale Gestaltungsformen initiieren und durchsetzen will, muss sich mit den bestehenden Diskursformationen auseinandersetzen, diese aufbrechen und transformieren. Inhaltlich wird im Rückgriff auf Überlegungen des Bundesbeauftragten für die neuen Länder das Konzept der „*sozialen Einheit*“ favorisiert. Grundsätzlich fokussiert dieses Paradigma des Verständnisses und der Gestaltung der deutschen Einheit den immanenten Zusammenhang von *Gleichwertigkeit, Anerkennung und zukunftsorientierter Modernität in ganz Deutschland* unter Akzeptanz der *produktiven Geschichten und Differenzen zwischen (und in) Ost- und Westdeutschland*. Das neue Paradigma setzt die „äußere“, d.h. staatsrechtliche Einheit voraus und überschreitet zugleich die Perspektive einer „inneren Einheit“<sup>3</sup>, indem die soziale Einheit als sowohl wirtschaftlich-soziales wie sozio-praktisches Projekt der bundesrepublikanischen Gesellschaft verstanden wird, das ausdrücklich die Perspektive auf ein zunehmend als *gemeinsam verstandenes Deutschland in einem vereinten Europa* öffnet.

Konkreter beinhaltet das Modell der sozialen Einheit folgende Einsichten und Orientierungen:

1. „Soziale Einheit“ stellt sich nicht autogen her, ist kein soziopolitischer Selbstläufer, sondern bedarf der aktiven Gestaltung von Diskurs und sozialer Praxis. In Auseinandersetzung mit der herrschenden Tendenz diskursiver Stagnation und Schließung sowie der anhaltenden Exotisierung und Skandalisierung ostdeutscher Entwicklungen setzt das Projekt der sozialen Einheit einen breiten, dialogischen, sozialstrukturell öffnenden und zugleich gleichberechtigten sowie (selbst-)kritischen Diskurs voraus, der zugleich *Mittel* der Veränderung der bisherigen Praxis deutscher Vereinigung ist.
2. Das Modell der „sozialen Einheit“ zielt auf ein *erneuertes Verständnis* des ostdeutschen Umbruchs und der deutschen Einheit („Einheit neu denken“) und eine *Neugestaltung* des Vereinigungsprozesses und Deutschlands („Einheit neu gestalten“). Die Kennzeichnung „sozial“ bedeutet dabei sowohl einen *ganzheitlichen* Ansatz, der die Einheit rechtlich, politisch, kulturell, aber eben auch: sozialstrukturell und wohlfahrtsgesellschaftlich vollenden will, als auch „sozial“ im Sinne der aktiven, selbstbewussten und demokratischen Gestaltung *sozialer* Praxis unter Gleichberechtigten und gleich anerkannten Individuen und Gruppen. Das „Neue“ bezieht sich auf die Erkenntnis und den Gestaltungswillen, dass Ostdeutschland sowenig eine nur widerwillig und defizitär modernisierte DDR darstellen

---

<sup>3</sup> Die Perspektive der inneren Einheit, die in den neunziger Jahren als notwendige Ergänzung zur „äußeren“ Einheit (mit dem Beitritt der fünf neuen Länder und Ostberlins zum Geltungsbereich des GG nach Art. 23) gedacht und diskutiert wurde, konzentriert sich zu stark auf die Dimension einheitlicher *Werte, Mentalitäten und Kulturen* als Grundlage einer gelingenden Vereinigung. Damit wurde nicht nur das Maß einer Einheitlichkeit (oder Uniformität) überzogen, sondern darüber hinaus die soziale Dimension, verstanden sowohl als soziale Praxis des Zusammenwachsens wie als wechselseitige soziale Anerkennung und soziale Gerechtigkeit systematisch unterschätzt.

kann, wie das vereinigte Deutschland als bloß kosmetisch aufgeputzte alte Bundesrepublik zu verstehen ist und die Herausforderungen der Zukunft zu meistern vermag. Ein gemeinsames soziales Deutschland kann es nur dann geben, wenn die Vereinigung auf Grundlage des „Beitritts“, also unter dem Modell der alten Bundesrepublik und dem damit verbundenen Institutionen-, Akteur- und Finanztransfer, weiter gegenüber *sozialen Innovationen* geöffnet wird, die *sowohl* aus dem reichen Fundus der alten Bundesländer *wie* aus den historischen Erfahrungen und experimentellen Praxen der neuen Länder schöpfen.

3. Die Einheit als Projekt einer sozialen Einheit zu denken, bedeutet für das zentrale Problem von *Angleichung und Gleichwertigkeit* erstens, die deutsch-deutsche Problemdimension als eine wichtige, aber nicht als einzige Ungleichheitsdimension zu betrachten. Soziale Ungleichheiten und ungleichwertige „Lebensverhältnisse“ bestehen nicht weniger (oder weniger relevant) zwischen Regionen, Geschlechtern, „Ethnien“, Generationen oder sozialen Statusgruppen in Ost und West. Zweitens darf Angleichung und Gleichwertigkeit nicht als Unterschiedlosigkeit, Identität oder „Einheitlichkeit“ begriffen werden. Vielmehr geht es um „Gleichwertigkeit“ und strukturelle Gleichheit in der *Differenz* und unter *produktiver* (darunter auch: wettbewerblicher) *Nutzung von Differenz* (auch diese freilich nicht nur zwischen Ost und West). Eine plurale demokratisch-wohlfahrtskapitalistische Gesellschaft braucht Differenz und produziert sie. Insofern soll weder der Osten zum zweiten Westen werden noch der Westen zum Osten. Drittens ist ein bestimmtes Maß an Angleichung und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen dem Osten und Westen der Republik notwendig, nicht zuletzt als Voraussetzung für produktive Differenz und deren Legitimation. Für dieses Maß gilt die „Faustregel“, das die deutsch-deutschen Ungleichheiten und Ungleichwertigkeiten nicht (systematisch) größer sein dürfen als jene innerhalb der alten und neuen Länder. Das ist aber – bei allen wesentlichen wohlfahrts-gesellschaftlichen Elementen und Indikatoren (vom BIP pro Kopf über Einkommen und Vermögen bis zu zentralen Infrastrukturbedingungen) noch immer und sich nur (äußerst) langsam auflösend der Fall.
4. Das Projekt einer „sozialen Einheit“ problematisiert und zielt auf eine erneuerte Vereinigungsperspektive, die – auch in Reflexion der Verschränkung von Diskurs und Handeln (siehe 1.) – *materielle wie symbolische Aspekte* von Angleichung und Gleichwertigkeit verbindet. Es geht also nicht allein um ein produktives Maß an Gleichheit in der materiellen Leistungskraft und Güterverteilung zwischen beiden Landesteilen, sondern ebenso um die symbolische Anerkennung der Ostdeutschen als gleiche und gleichwertige Bundesbürger mit ihren eigenen und eigensinnigen Orientierungen, Biographien und Zugehörigkeiten. Mithin ist auch eine ostdeutsche Identität solange kein Hindernis einer sozialen Einheit, solange diese eine gleichberechtigte ist und nicht Tendenzen einer *Fremd- und Selbst-Ethnifizierung der Ostdeutschen* als marginalisierte und minderwertige Gruppe oder „Klasse“ dominieren. Auch hier gilt, dass nur aus Differenz und Pluralität auf Basis freiheitlich-demokratischer Gemeinschaftlichkeit Kreativität und Innovationen für das Ganze erwachsen können.
5. Das Modell „soziale Einheit“ versteht Angleichung und Gleichwertigkeit vor all diesen Hintergründen nicht als Einbahnstraße, sondern als *zweiseitiges „Zusammenwachsen“* im Sinne struktureller Anpassungsprozesse wie kultureller Austausch- und wechselseitiger

Lernprozesse. Zugespitzt formuliert, brauchen wir dabei ein „Zusammenwachsen durch *zusammen wachsen*“ so wie es richtig ist, dass die beiden Teile Deutschlands nur „zusammen wachsen durch Zusammenwachsen“.

6. Die Perspektive „soziale Einheit“ beinhaltet, dass diese Prozesse des sozialen Zusammenwachsens ein längerfristiges Projekt für *die Entwicklung einer grundlegenden Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse* darstellen.
7. Das Modell „soziale Einheit“ ist auch insofern ein langfristiges, auf Gegenwart und Zukunft ausgerichtetes Projekt, in dem Ost und West *gleichberechtigt* aus ihrer Vergangenheit, Gegenwart und den jeweiligen Potenzialen zur Zukunftsgestaltung schöpfen. Das „neue Deutschland“ jenseits überkommener Teilungen und mit Zukunftschancen im 21. Jahrhundert ist nur als *gesamtdeutsches Projekt* denk- und gestaltbar, das seine Innovationen, Reformanstöße und alternativen Entwicklungswege aus beiden Teilen Deutschlands gewinnt.

## **I.5 Hauptthemen der politischen Kommunikation**

Aus der Fülle möglicher Themen sind sechs für den öffentlichen gesellschaftlichen und politischen Diskurs besonders relevante und zukunftsorientierte Themen ermittelt worden:

1. Wahrnehmungen, Identitäten, und Kommunikation zwischen Ost und West (*verdichtet: Identitäten auf der Basis gemeinsamer Ziele und Werte*)
2. Lebensbedingungen, Lebensweisen und soziale Gerechtigkeit in und zwischen Ost und West (*verdichtet: materielle Gerechtigkeit*)
3. Demokratie: Verständnis und Praxis in Ost und West (*verdichtet: Freiheit – aktive Demokratie*)
4. Demographischer Wandel: Felder, Aufgaben und Akteure
5. Ostdeutsche Zukunftspotentiale und gesamtdeutsche Entwicklung
6. Politische Leitvorstellungen und Konzepte für die Gestaltung der deutschen Einheit

## II. Inhaltliche Dispositionen zu drei zentralen Themen politischer Kommunikation

### II.1 Thema: Deutsch-deutsche Identitäten auf der Basis gemeinsamer Werte und Ziele

#### Problemaufriss

Die staatliche Einheit ist längst vollzogen, doch ist die deutsche Teilung in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft (Ost wie West) mental noch längst nicht überwunden worden. Viele Studien stellen heraus, dass sich wechselseitige Ernüchterung und Fremdheit verstärkt und verstetigt haben. Das gilt natürlich nicht für die nach 1989 Geborenen, für die die deutsche Einheit selbstverständliche Daseins- und Existenzform ist. Doch entfallen auf diese Altersgruppen vorerst und für längere Zeit nur Bruchteile der politisch aktiven Bevölkerung der Bundesrepublik.

Eine gesamtdeutsche Identität im Sinne von Vorstellungen über Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit will sich nur schwer einstellen. Dies belegen nicht nur Befunde der Umfrage- und Meinungsforschung. Auch der projektbegleitende Online-Dialog stellt die Bedeutung der ungleichen bzw. geteilten Identitäten heraus. Der Online-Dialog, dessen Teilnehmer indes keinen repräsentativen Ausschnitt der deutschen Gesellschaft darstellen, lässt zwei für die Behandlung des Themas wichtige Diskrepanzen erkennen:

- Zum einen heben die Teilnehmer auf das starre Festhalten an Ost-West-Schemata in Politik und Medien ab und verweisen kontrastierend auf das überwiegend gelungene Zusammenwachsen im privaten und beruflichen Umfeld.
- Zum anderen wird deutlich, dass Personen aus Ost und West (mit gleichem wie unterschiedbarem sozialem Status) sich als *Individuen* Respekt und Sympathie zollen, freundlich und verständnisvoll miteinander umgehen, aber sich zugleich als *Angehörige von Großgruppen* über die je anderen abfällig äußern können.

Für den Dialog über das Thema ist diese Diskrepanz wichtig. Sie ist nicht so zu verstehen, als ob die Lage im Alltag der Menschen weiter fortgeschritten sei und sich entschärfter, entspannter darstelle als auf der Ebene rationalisierter Deutungen und wissenschaftlicher Reflexionen. Gute persönliche Beziehungen und Abwertungen von Gruppen bestehen vielmehr unabhängig voneinander und sind durchaus miteinander vereinbar. In Anlehnung an Soziologen wie E. Durkheim oder N. Elias lassen sich individuelle und kollektive Vorstellungen (Wir-Ich-Balancen) unterscheiden. Beide sind im Kopf eines jeden vorhanden. Erstere beziehen sich auf den einzelnen und seine persönlichen Beziehungen; letztere auf die Gruppenzugehörigkeit. In kollektivbezogenen Urteilen äußern sich Interessen- oder/und Identitätskonflikte. In personenbezogenen Urteilen drücken sich Übereinstimmungen und Anerkennung aus. Beide Urteilsdimensionen erfüllen eine Funktion. Sie sind nicht „falsch“ oder überflüssig, mögen sie noch so schief sein. Negativ gefärbte Pauschalurteile über andere haben für ihre Träger die Funktion, Differenzen zu markieren. Die verständnisvollen persönlichen Beziehungen wiederum, überwölben oder mildern Differenzen oder Konflikte, die in unterschied-

lichen kollektiven Bezugsrahmen angelegt sind.<sup>4</sup> Die Differenz zwischen Kollektiv- und Individualurteilen wird somit selbst zum Faktor der sozialen Integration und mit ihr ist auch im Dialog zu rechnen.

Zu betonen sind bei dem Thema „Identitäten auf der Basis gemeinsamer Werte und Ziele“ zunächst die *fundamentalen Gemeinsamkeiten* der Deutschen in Ost und West in mentaler und kultureller Hinsicht, auf der Ebene der Werte und Einstellungen. *Die übergreifenden Wertorientierungen* (allgemeinen Lebensziele) *differieren zwischen Ost und West trotz unterschiedlicher Traditionsbestände, Identifikationen und subjektiver Schichteinstufung kaum*. Ganz oben stehen in Ost und West ein glückliches Familienleben, finanzielle Sicherheit und Entfaltung der individuellen Fähigkeiten. Gleichermaßen geschätzt werden Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Sicherheit.

Die Gemeinsamkeiten schließen aber – trotz bestimmter Differenzen – auch *soziopolitische Orientierungen* ein. Sowohl Marktwirtschaft wie Demokratie werden in beiden Landesteilen nach wie vor von einer deutlichen Mehrheit bejaht und unterstützt.<sup>5</sup>

Konsequenterweise umfassen die Wertetypen (nach dem Inglehart-Index wie nach dem etwas anders gelagerten Modell der Speyerer Werteforschung) in Ost und West prozentual annähernd gleich große Teile der Bevölkerung.

Zwar zielt die politische Kommunikation zum Thema darauf, das Entstehen und Wachsen von Identität(en) auf der Basis gemeinsamer Werte und Ziele voranzubringen, doch dies ist ohne eine angemessene Berücksichtigung von *Unterschieden* kaum möglich.

Es gibt eine Reihe gradueller kultureller Unterschiede zwischen Ost und West. Die wohl wichtigsten betreffen (1) die subjektive Schichteinstufung, (2) die Kirchenbindung bzw. Konfessionszugehörigkeit, (3) die Gleichstellung der Frauen, (4) die Intensität der Herausforderungen an die Menschen seit 1990, sich anzupassen und umzustellen. Schließlich (5) lassen sich Unterschiede in kollektiven Identitätsbildungen erkennen.

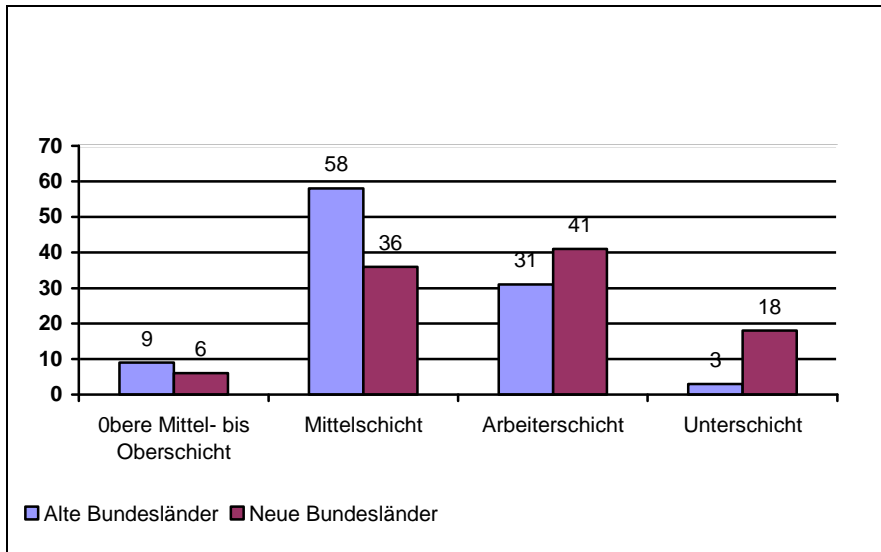
(1) Hinsichtlich der *subjektiven Schichteinstufung* wird erkennbar (vgl. Abb. 1), dass und wie Ostdeutschland weiterhin vom Mentalitätsmuster einer „(fach-)arbeiterlichen Gesellschaft“ (J. Kocka, W. Engler) geprägt ist. Trotz konvergierender sozialer und Klassenlagen in Ost und West (mit einem leicht höheren Anteil der Unter- und einem leicht kleineren Anteil an den Oberschichten) stufen sich im Osten subjektiv immer noch weitaus weniger Menschen in die Mittelschicht ein als sie es den objektiven Indikatoren nach und im Vergleich mit westdeutschen Praxen tun könnten. Analoges gilt für die Arbeiter- und Unterschicht, der sich deutlich mehr Menschen zurechnen, als objektiv indizierbar. Diese Differenz in den Selbstuordnungen ist nicht zuletzt wichtig für die Erklärung anderer fortdauernder kollektiver Identitätsformationen wie jener des bzw. der Ostdeutschen (siehe unten).

---

<sup>4</sup> Vgl. Karl Otto Hondrich u.a: Arbeitgeber West Arbeitnehmer Ost. Vereinigung im Konflikt, Berlin 1993, S. 109 f.

<sup>5</sup> So waren im Jahr 2006/2007 89% der Bürger in Westdeutschland der Meinung, dass die Demokratie in Deutschland die beste Staatsform ist. Im Osten betrug der Wert 63% (Datenreport 2008: S. 397).

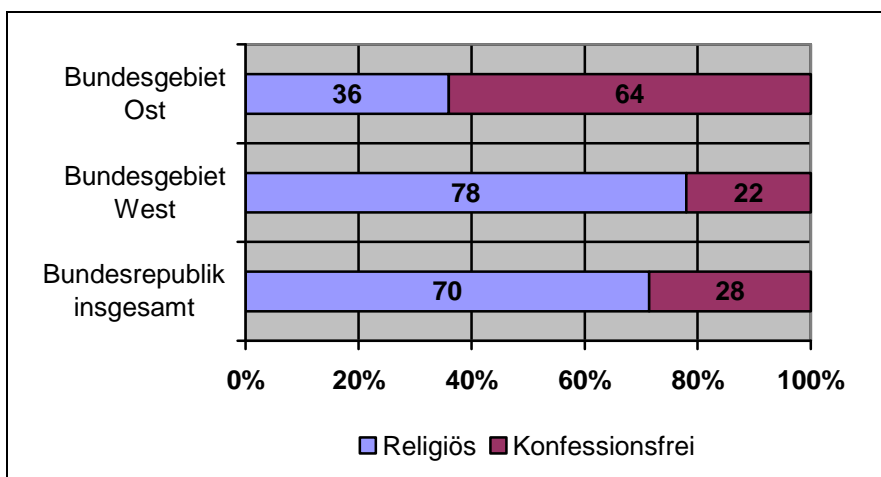
Abbildung 1: Welcher sozialen Schicht ordnen sie sich selbst zu? (in Prozent der Befragten)



Quelle: SFZ: Sozialreport 2008, zit. n. Berliner Zeitung vom 21.01.2009, S. 6.

(2) Ein zweite wichtige Differenz betrifft *die Konfessionszugehörigkeit und die Kirchenbindung*. Im Osten der Bundesrepublik ist infolge der atheistischen Politik des Staatssozialismus ein Säkularisierungsgrad feststellbar, der zu einem fast dreifachen Anteil von Konfessionslosen im Vergleich mit den alten Bundesländern geführt hat (siehe Abb. 2). Auch wenn diese Daten mögliche Unterschiede in Religionsverständnis, -bindung und -ausübung verdecken und bestimmte Formen einer Wiederaufwertung des Religiösen in Ostdeutschland berichtet werden, ist offensichtlich, dass Religionsbindung nicht nur an sich eine Zugehörigkeitsdifferenz zwischen Ost und West markiert, sondern auf andere Zugehörigkeiten (z.B. Gemeindeebene) ausstrahlt.

Abbildung 2: Religionsbindungen und Konfessionsfreiheit in Deutschland 2007 in Prozent



Quelle: Bertelsmannstiftung: Religionsmonitor 2007.

(3) In die Vereinigung ging der Osten mit einem „*Gleichstellungsvorsprung*“ der Frauen (R. Geißler). Die Frauen Ost waren nahezu alle erwerbstätig, insofern ökonomisch selbständig und rechtlich deutlich emanzipierter als in der alten Bundesrepublik. Mit diesen strukturellen Gleichstellungsmerkmalen konvergierte längerfristig – wenn auch nicht ungebrochen – ein Wertekanon in den Geschlechterbeziehungen, der das Patriarchat auch in den Alltags-

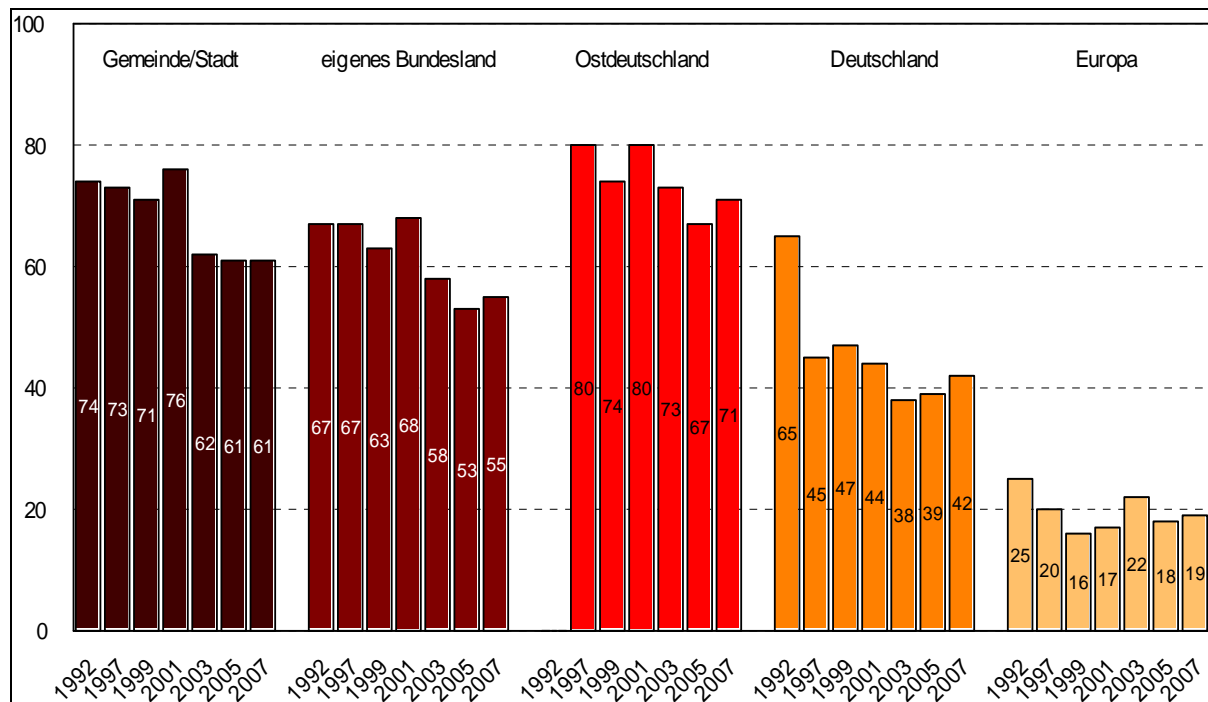
praxen zunehmend aufweichte und neben der Ehe alternative Lebensformen (insbesondere Alleinerziehende) als legitim etablierte. Wenngleich in den zurückliegenden 18 Jahren im Altbundesgebiet und in der Bundesrepublik insgesamt viel in der weiteren Emanzipation der Frauen erreicht wurde, ist der materielle und symbolische „Gleichstellungsvorsprung“ der Frauen Ost noch nicht vollständig aufgebraucht.

(4) Im Schnitt waren die Menschen im Bundesgebiet Ost ab 1990 stärker in ihrer *Anpassungs- und Umstellungsbereitschaft* gefordert als die Menschen im Bundesgebiet West. „Wende“ und Vereinigung bedeuteten als radikale gesellschaftliche Umbruchprozesse nicht nur eine ungeheure Belastung der Individuen auf sozialer und psychischer Ebene, sondern stiftete zugleich *Lernprozesse* und schichtete *Umbrucherfahrungen* auf, die so im Westen Ausnahmen darstellen und in zukünftige tiefgreifende Wandlungsprozesse der bundesrepublikanischen Gesellschaft eingebracht werden können.

(5) Schließlich besteht ein partiell auf den vorhergehenden Differenzen aufsitzender kultureller Unterschied darin, dass sich die Menschen der neuen Bundesländer mehrheitlich als „Ostdeutsche“ fühlen und beschreiben (siehe Abb. 3).

Die Ausbildung von Ost-Identität(en) wurde und wird häufig als auf ihre Träger zurückfallende und sie in ihrem Optionenspektrum einschränkende Verweigerung, als „Sonderidentität“ oder als gleichsam kindliche „Trotzidentität“ interpretiert. Solche Interpretationen verkennen eines: In Zeiten raschen sozialen Wandels tritt die Suche und Ausbildung von Identitäten aus dem Schatten des Selbstverständlichen hervor und wird als Konflikt- und Triebkraft des sozialen Handelns wie als verarbeitende Kapazität des Wandels fassbar. Insofern ist unter den gegebenen Bedingungen nicht das Entstehen von „Ost-Identität(en)“ erklärungsbedürftig. Vielmehr stellte ein rasches Schwinden eine sozialwissenschaftliche Überraschung dar.

Abbildung 3: Verbundenheiten neue Bundesländer (in v.H.) 1992 bis 2007 (nur Antwort; stark/ziemlich stark)



Quelle: Hanf/Liebscher/Schmidtke TM 1.4 (Datenbasis: sfz/leben 1992-2007, gew.)

Bei der deutschen Einheit haben wir es mit *Interessenkonflikten und Identitätskonflikten* zu tun. Beide Konflikttypen bedingen einander, überlagern sich oft, lösen sich aber gleichwohl nicht vollständig ineinander auf. Bei Interessenkonflikten geht es im Kern um zwei Fragen: Wer bekommt was und wieviel und: wer bestimmt darüber? Interessenkonflikte lassen sich im Regelfall durch politische Kompromisse und materiellen Ausgleich (Umverteilung) lösen. Identitätskonflikte hingegen drehen sich um die Frage: Wer sind wir (nicht) und welche Art des Zusammenlebens im vereinten Deutschland soll den Vorrang vor anderen möglichen Formen des Zusammenlebens haben? Identitätskonflikte erheischen zu ihrer Lösung den Abbau von Missachtung und den Aufbau wechselseitiger Anerkennung des je anderen als *gleichwertig* und *gleichberechtigt*. Dabei wird schon terminologisch der Zusammenhang von symbolischer Anerkennung und materieller (Um-)Verteilung sichtbar.

Die gegenwärtige Lage in Deutschland ist dadurch gekennzeichnet, dass die Ostdeutschen zwar als gleiche Rechtssubjekte und (nicht zuletzt durch die massiven Transfers) weitgehend gleiche Wohlfahrtsstaatssubjekte anerkannt werden, jedoch ihre sozialstrukturelle sowie „sittliche“ Anerkennung oder symbolische soziale Wertschätzung nicht umfassend entwickelt ist. Über zwei Drittel der Ostdeutschen fühlen sich in ihren Leistungen zu wenig gewürdigt (knapp 54% sind es im Bundesgebiet West). Rund 72% der Ostdeutschen sind der Auffassung, die Westdeutschen bemühten sich zu wenig um Verständnis für ihre Situation (umgekehrt beklagten 44% der Westdeutschen das mangelnde Verständnis für die Lage der Westdeutschen). 73% der Ostdeutschen haben das Gefühl, gegenüber den Westdeutschen benachteiligt zu sein; knapp ein Viertel der Westdeutschen sieht sich gegenüber den Ostdeutschen zurückgesetzt. *Im Osten fühlen sich nach wie vor mindestens zwei von drei Befragten als „Bürger zweiter Klasse“, im Westen ist es einer von 10 Befragten.*<sup>6</sup>

Nicht nur angesichts der von den Ostdeutschen nach 1990 erbrachten Anpassungs- und Umstellungsleistungen gibt es für Missachtung und verweigerte Anerkennung der ostdeutschen Bevölkerung keine hinreichenden Gründe. Sie lässt sich auch wegen des zunehmenden Bezugs auf ostdeutsche Innovationen und Lösungsansätze in der Bewältigung gesamtdeutscher Zukunftsprobleme immer weniger legitimieren und erschwert zudem Lernprozesse in Ost und West für Gesamtdeutschland.

### **Thema und Leitfragen: Zusammenwachsen und zusammen wachsen**

a) Wie kann auf der Basis gemeinsamer Werte und Ziele deutsch-deutsche Identität wachsen?

- Auf der Grundlage der Bewältigung gemeinsame Herausforderungen und Aufgaben, wie sie sowohl im Projekt der deutschen Einheit als auch der europäischen Integration vorliegen (vgl. oben I.1, I.4).
- Auf der Basis einer Verständigung über die Frage: Wie wollen wir leben? In was für einer Gesellschaft wollen wir leben? Das Projekt der „sozialen Einheit“ (I.4) liefert hierfür einen wichtigen Rahmen.

---

<sup>6</sup> Zum Problem der Anerkennung im deutsch-deutschen Verhältnis grundsätzlich: Kollmorgen, Raj: Ostdeutschland als Übergangs- und Teilgesellschaft, Wiesbaden 2005 (Dabei werden auch die Gefahren einer „Ethnifizierung“ der Ostdeutschen als einer dauerhaften sozialen Rand- bzw. Unterschichtengruppen mit Verlierermentalität diskutiert); zu den jüngsten Daten für das Jahr 2008 und weitere Interpretationen: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände, Bd. 7. Frankfurt/M. 2009, hier: S. 13ff, S. 73ff.

b) Soweit Identitäten in kollektiv geteilten „großen Erzählungen“ gründen: Was kann der Kern einer zukunftsorientierten Narration sein, die Raum lässt für unterschiedliche Erinnerungen und Erfahrungen?

- Neben dem Bezug auf die deutsche Geschichte insgesamt in erster Linie die gemeinsamen Erfahrungen und Leistungen seit 1990.
- Was die geteilte Vergangenheit zwischen 1945 und 1989 betrifft, erscheint eine Annäherung der Sichten in und zwischen Ost und West, ein Abgleich der unterschiedlichen historischen Erfahrungen und der unterschiedlichen Bedeutungen, die man ihnen jeweils verleiht, außerordentlich schwierig. Die Sachlage stellt sich wie folgt dar:
  - (1) „Es gibt zwei unversöhnlich zueinander stehende historische Kontinuitätskerne der Selbstbeschreibung in Ost und West: die ostdeutsche Verklärung der Erfahrungswelt DDR und das westdeutsche Desinteresse gegenüber der Ausbildung einer historischen Fundamentierung einer gesamtdeutschen Identität.“<sup>7</sup>
  - (2) „Das Aufeinanderprallen divergierender Selbstverständnisse im Historischen führte zu einem historischen Legitimationsdefizit, auf das die Politik der Berliner Republik bis jetzt keine Antwort gefunden hat.“ Alt-Bundesrepublikanische „Traditionsstränge dominieren vor spezifisch ostdeutschen Referenzen.“<sup>8</sup>

Für die Beantwortung der Frage nach der historischen Fundierung einer gesamtdeutschen Identität als Komponente einer entsprechenden „Erzählung“ folgt daraus:

- Die Dominanz des westdeutschen Erbes wird einer mehr gleichberechtigten Bezugnahme auf Gestalten und Gewalten, Besonderheiten, Probleme und Leistungen der Geschichte der DDR/Ostdeutschlands weichen müssen.
- Die bundesrepublikanische Gesellschaft könnte versuchen, sich auf der Grundlage der langzeitigen deutschen Geschichte in Europa, der Erfolge und Misserfolge der westdeutschen *und* der ostdeutschen Gesellschaftsgeschichte zwischen 1945 und 1990 sowie und im Kern: in Rücksicht auf den historischen *Glücksfall der deutschen Einheit* und dem bisherigen Vereinigungs- und gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses nach 1989/90 mit seinen Erfolgen und Desiderata sowie gesamtdeutschen Herausforderungen im Kontext Europas eine *neue große Erzählung* zu schaffen. Diese könnte an dem Erreichten kritisch anschließen und über das Projekt einer „sozialen Einheit“ Deutschlands in Europa, die einen soziokulturellen mit einem „Verfassungspatriotismus“ (J. Habermas) kombiniert, neue Konturen gewinnen.

c) Was brachten und bringen Ost und West in die Einheit und die Bewältigung aktueller und künftiger Herausforderungen, vor denen die Gesellschaft steht, ein? Welche Hemmnisse in Richtung der Ausbildung gemeinsamer Identität zeichnen sich ab?

- Beide Teile des vereinten Deutschland bringen relevante Potentiale ein. Die Beiträge des Westens sind evident (siehe oben: I.1). Es kommt darauf an – im Osten wie im Westen – exemplarisch den ostdeutschen Beitrag und ostdeutsche Zukunftspotentiale in den Blick zu rücken sowie exemplarisch herausragende individuelle und kollektive Leistungen aus den Osten zu würdigen.

---

<sup>7</sup> Karl-Rudolf Korte; Werner Weidenfeld (Hrsg.): Deutschland-Trendbuch. Fakten und Orientierungen, Opladen 2001, S. 15.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 15.

- Die von ostdeutschen Mehrheiten empfundene mangelnde *kulturelle und symbolische Anerkennung* wird begleitet und gleichsam potenziert durch *niedrigere Löhne und Gehälter für vergleichbare Arbeit*. Auch Transfereinkommen sind partiell unterschiedlich bemessen zwischen Ost und West. Diese Konstellation erschwert massiv die Genese gemeinsamer Identität(en). Folglich sind in beiderlei Hinsicht Änderungen herbeizuführen.

Mit dem Thema „*Zusammenwachsen und zusammen wachsen*“ lädt der Beauftragte die Gesellschaft, die Kommunikationsteilnehmer dazu ein, die Einheit neu zu denken und als „Projekt“ zu begreifen. Mit „neu denken“ ist nicht das ganz Andere gemeint oder etwas, das erst jetzt losgeht. Vielmehr gründet dieses neue Denken in den bisherigen Ergebnissen und Gestaltungen der deutschen Einheit und bringt in der Gesellschaft auf der Ebene der Politik, Wissenschaft, in den Künsten und auf der Ebene des Alltagsbewusstseins der Bevölkerung erkennbare Ansätze auf den Punkt, fasst sie zusammen. Die Einheit neu denken zielt auf ein „Zusammenwachsen durch zusammen wachsen“. Es setzt auf die Stärken und Zukunftspotentiale, Erfahrungen des „alten Westens“ wie auf die für die Zukunft relevanten spezifisch ostdeutschen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte.

## II.2 Thema: Materielle Gerechtigkeit

### Problemaufriss

Gerechtigkeit ist keine Sache, sondern eine Verhältniskategorie. Bei der Frage nach der (materiellen) Gerechtigkeit geht es stets (welche Vorstellung von Gerechtigkeit auch immer in Anschlag kommt) um eine Aufrechnung, Proportion, Relation: wie viel an „Gütern“ jemand im Verhältnis zu anderen bekommt oder an „Lasten“ im Verhältnis zu anderen zu tragen hat. Wenn man sich vor Augen führt, dass es bei der Gerechtigkeit nicht um die absolute Menge von Gütern/Lasten geht, sondern um deren Proportionalität, dann wird offenbar, dass es sich bei ihr überhaupt nicht um die Güter selbst dreht, sondern um das, was sich in der Güterverteilung ausdrückt: meine Position im Verhältnis zu anderen, also um soziale Anerkennungsverhältnisse.

Grundsätze sozialer Gerechtigkeit gehören in Ost- und in Westdeutschland zu den am meisten unterstützten Grundwerten. In einer aktuellen Umfrage (vom Institut für Demoskopie Allensbach, 2008) rangiert soziale Gerechtigkeit an der dritten Stelle der „besonders wichtigen und erstrebenswerten Lebensziele“. Sie beziehen sich in ähnlicher Ausprägung in beiden Teilen Deutschlands auf Gesichtspunkte der Leistungsgerechtigkeit, der Verteilungsgerechtigkeit, Aspekte der sozialen Sicherung (Bedarfsgerechtigkeit), sowie der Gerechtigkeit zwischen Bevölkerungsgruppen wie dem Geschlecht, des Alters, der Herkunft usw.

Ein spezieller Aspekt des Themas betrifft das Verhältnis von Recht, Rechtsstaat und Gerechtigkeit. Aus einer Ostperspektive wurde Anfang der 1990er Jahre in klassischer Weise das Spannungsverhältnis dieser Relation auf den Punkt gebracht: „Wir wollten Gerechtigkeit und haben den Rechtsstaat bekommen“.

Gegenwärtig wird von einer qualifizierten Mehrheit der Bürger im Westen und einer Zweidrittelmehrheit der Bürger im Osten empfunden, dass es im Großen und Ganzen *nicht* gerecht zugehe in der Bundesrepublik Deutschland als Staat, Gesellschaft und System. Für den Osten ist dieser Befund nichts Neues; neu ist er für den Westen des Landes. Obschon die Vorstel-

lungen von sozialer Gerechtigkeit der Menschen in Deutschland ziemlich ähnlich sind, lassen sich eine Reihe sozialer Differenzierungslinien erkennen. Zunächst gilt, dass der Wert „Gerechtigkeit“ mit dem Einkommen sinkt und mit dem Alter steigt. Darüber hinaus wird soziale Gerechtigkeit insbesondere dort hoch bewertet, wo soziale Gegensätze besonders präsent sind.

Nach einer Umfrage von TNS Emnid 2008 werden von den Befragten als am meisten ungerecht bewertet: das Steuersystem, die Einkommensverteilung, das Rentensystem, das Gesundheitssystem und die Behandlung von Familien mit Kindern. *Auf dem folgenden (sechsten) Rang steht die Ungleichheit in den Lebensverhältnissen zwischen Ost und West.* (Aus ostdeutscher Perspektive, die nicht gesondert ausgewiesen wurde, dürfte die Ungleichheit in den Lebensverhältnissen zwischen Ost und West einen höheren Rang einnehmen.)

Die Kenntnis der Lebenslagen von Menschen und Gruppen im je anderen Teil Deutschlands ist auf beiden Seiten der einstigen innerdeutschen Grenze (von Pendlern und Sondergruppen einmal abgesehen) unterentwickelt. Auch deshalb tendieren selbst Individuen und Gruppen aus Ost und West mit identischen Gerechtigkeitsvorstellungen zu unterschiedlichen Bilanzierungen unter dem Aspekt der Gerechtigkeit. Mit Blick auf soziale Gerechtigkeit ist zudem von kaum zu überschätzender Bedeutung, dass seit fast 20 Jahren eine überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen sich in ihren Leistungen nicht recht gewürdigt fühlt. (Auch im Westen ist aktuell der Anteil mit 54% recht hoch). Dieses Fühlen ist deshalb so stabil, weil mangelnde sittliche und symbolische Anerkennung der Ostdeutschen und ihrer Leistungen mit einer als unzureichend empfundenen materiellen Anerkennung von Leistungen (Niveaus von Löhnen und Gehältern, Transfereinkommen im Ost-West-Vergleich) einhergehen und sich wechselseitig verstärken. Eben dies belegen auch die Stellungnahmen im Online-Dialog.

### **Grundsätzliche Positionen zum Thema materielle Gerechtigkeit**

- »In unserer Gesellschaft geht es im Großen und Ganzen gerecht zu. Wenn Mehrheiten in Ost und West dies nicht so sehen, so sehen sie es falsch.« Diese Position wagt gegenwärtig kaum jemand offen zu vertreten und sie kann auch nicht leitend für die Kommunikation über die deutsche Einheit sein;
- »Die Gerechtigkeitsdefizite und die Zunahme der Ungleichheit sind die Kehrseite, der zu zahlende Preis für die Segnungen der Globalisierung. Wer diese will, muss jene in Kauf und hinnehmen.« Es handele sich gleichsam um einen naturgesetzlichen Prozess, in dem man nur durch die Sicherung und Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eingreifen könne. Leistung vor Gerechtigkeit. Die erkennbaren Gerechtigkeitsprobleme können entschärft werden über Steigerungen des Sozialprodukts und Fahrstuhleffekte wie in der Frühphase der Geschichte der Alt-Bundesrepublik. Dieser Weg ist aber infolge der Wirtschaftskrise vorerst versperrt.
- »Die Gerechtigkeitsprobleme der Bundesrepublik sind politisch induziert und können politisch gelöst werden« Die diesbezüglichen Diagnosen und Therapien bewegen sich in einem Spannungsfeld zwischen zwei Polen. Auf dem einen Pol (exemplarisch die Position von Friedrich Merz) lassen sich Positionen verorten, wonach die Gerechtigkeitsdefizite auf ein zuviel an „sozialdemokratischer Politik“ – auf Kosten und zu Lasten der „Leistungsträger“, der Mittelschichten der Gesellschaft – zurückzuführen sind. „Mehr Kapitalismus wagen“ sei gleichsam der Königsweg zu einer „gerechteren Gesellschaft“, so Merz. Auf dem Gegenpol liegt die Position von Ottmar Schreiner: die „Gerechtigkeitslü-

cke“ in der Gesellschaft habe sich aufgetan und verschärft, weil in den letzten zehn Jahren zu wenig „sozialdemokratische Politik“ betrieben wurde.

Dass politische Weichenstellungen zu mehr oder weniger materieller Gerechtigkeit führen, trifft zweifellos zu. Und diese Einsicht sollte auch für die Verständigung über das Thema leitend sein. Es empfiehlt sich jedoch die Komplexität des Themas zu reduzieren und lösbare Schritte zur Optimierung von Lebenschancen im Sinne materieller Gerechtigkeit zu diskutieren und in das Zentrum zu stellen.

**Thema und Leitfragen: Wie kann die soziale Einheit Deutschlands herbeigeführt werden?**

- Erwartungen an den Staat als bundespolitischer Akteur (und auf Länderebene) – Möglichkeiten und Grenzen des Staates.
- Einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn in ganz Deutschland: Für und Wider.
- Wege und Schritte, Voraussetzungen und Konsequenzen der Ost-West-Lohnangleichung für gleiche Arbeit (hier hat der Staat, was die freie Wirtschaft betrifft, nur sehr begrenzte Möglichkeiten).
- Überprüfung der Antworten und Gegenmittel gegen Lohnarmut, Erwerbsarmut, Altersarmut unter besonderer Berücksichtigung der Lage und Gegebenheiten im Bundesgebiet Ost.
- Überwindung des geteilten Rentenrechts (Diskussion und Bewertung vorliegender Konzepte).
- Bildungspolitische Weichenstellungen: ausreichende Finanzierung des öffentlichen Bildungswesens; Verringerung der Abhängigkeit des Schul- und Bildungserfolgs von der sozialen Lage und Herkunft der Eltern; Verbesserung der Rahmenbedingungen und Verankerung des Prinzips des lebenslangen Lernens.
- Veränderung von Rechtsnormen.

## II.3 Thema: Freiheit – aktive Demokratie

### Problemaufriss

Demokratie ist die politische Vollzugsform der Freiheit.

Mit der friedlichen Revolution und Vereinigung gewannen die Ostdeutschen die demokratischen Bürgerrechte und Freiheiten, wie sie in der Alt-Bundesrepublik verankert waren.

Man sollte annehmen, folgt man den öffentlich gehandelten Sichtweisen der beiden Systeme, dass aus der Perspektive ihrer einstigen Bürger die DDR als Inbegriff von Unfreiheit, Überwachung, vorenthaltenen Lebenschancen im Vergleich zu einer freien und chancenreichen Lebensgestaltung im vereinten Deutschland erinnert wird und erscheint. Doch dies ist weit weniger der Fall, als gemeinhin erwartet wird. 19 Jahre mit großem Aufwand an personellen und finanziellen Ressourcen betriebene DDR-Aufarbeitung lehren eines: In und zwischen Ost und West ist einstweilen kein Konsens darüber herbeizuführen, was die DDR war und was nicht. Dass dies mit dem oben diskutierten Problem der Identitätswahrung und Anerkennung eigener Lebensleistungen ebenso wie mit den Anerkennungsproblemen zwischen Ost und West heute zu tun hat, ist evident (siehe II.1). Daher empfiehlt es sich beim Thema 3, Herausforderungen an die Demokratie und die demokratische Mitgestaltung der Bürger in der Gegenwart zu fokussieren.

In dieser Hinsicht rücken vor allem zwei Gegebenheiten in den Blick:

- eine relativ hohe Unzufriedenheit mit dem politischen System in Ost und West,
- eine unzureichende Nutzung bestehender demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten im Bundesgebiet Ost.

### Thema und Leitfragen: Freiheit – aktive Demokratie

Festzuhalten ist, dass die Bürger der neuen wie der alten Länder grundsätzlich und mehrheitlich die Demokratie für die beste Staatsform halten (siehe oben). Unterschiede gibt es zwischen Ost und West und in Ost und West in der Frage, wie diese genauer aussehen sollte. Demokratie ist nicht gleich Demokratie.

Wie Forsa jüngst ermittelte, sind gegenwärtig mit „dem politischen System, so wie es *tatsächlich funktioniert* ...“, im Osten eher zufrieden 33% und im Westen 47% der Befragten, eher unzufrieden im Osten 67% und im Westen 53%<sup>9</sup>. Vergleichsweise neu ist das hohe Maß der Unzufriedenheit mit dem politischen System im Westen.

Ansatzpunkte, um die Situation produktiv zu wenden, bieten die gewachsenen Ansprüche der Bürger an Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie in Ost wie West. Sie kollidieren mitunter mit Prinzipien oder Gegebenheiten der repräsentativen Demokratie. In der Bundesrepublik als Staat, Gesellschaft und System besteht ein zwiespältiges Verhältnis zum Partizipationsbegehren der Bürger: auf der einen Seite gab und gibt es eine „partizipatorische Revolution“ (Gosewinkel/Rucht) auf Länder- und kommunaler Ebene, auf der anderen Seite eine gewisse „Verfassungsstarre“. Es werden die Prinzipien der repräsentativen Demokratie beschworen und direktdemokratische Verfahren seit den Anfängen der Bundesrepublik abgewehrt.

In dieser Hinsicht lauten die *Leitfragen*: Was heißt und verlangt heute „Mehr Demokratie wagen“? Was spricht für, was spricht gegen mehr direkte Demokratie auf Bundesebene?

---

<sup>9</sup> Vgl. Berliner Zeitung vom 2. Januar 2009, S. 2 und [www.berliner-zeitung.de/umfrage](http://www.berliner-zeitung.de/umfrage) (03.01.2009).

Folgende Position schält sich als Grundorientierung für die Diskussion heraus: Volksbegehren und Volksabstimmungen über politische Grundentscheidungen können Lähmungen der Demokratie überwinden, wenn sie an bestimmte Voraussetzungen geknüpft werden:

- Es muss eine Inflationierung von Themen vermieden werden.
- Die Medien müssen den Kontrahenten ermöglichen, ihre Positionen gleichgewichtig darzulegen;
- Es handelt sich nicht um ein Instrument der Regierungen, sondern um ein Begehren auf der Basis von Bürgerunterschriften;
- Nicht zur Disposition stehen freiheitliche Grundrechte und solche, die zum elementaren Minderheitenschutz gehören.

Aktive Demokratie erheischt einen relativ hohen Grad an Bildung und den Einsatz von Zeit auf Seiten der Bürger. Zu erkennen ist, dass die ostdeutsche Teilgesellschaft sich weiterhin im Umbruch befindet und bestehende demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten nur unzureichend nutzt.

*Leitfragen:*

- Wie kann das Funktionieren unseres politischen Systems verbessert und aktiv mitgestaltet werden?
- Warum werden demokratische Rechte und Möglichkeiten unzureichend genutzt?
- Wie kann die politische Partizipation gesellschaftlich unterstützt werden?
- Welche Folgen hat die unzureichende Inanspruchnahme demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten?

### III. Zusammenfassung Online-Dialog auf [www.unsere-deutsche-einheit.de](http://www.unsere-deutsche-einheit.de)

Im Rahmen des Forschungsprojektes „Wahrnehmung und Bewertung der deutschen Einheit“ untersuchte das Bundesministerium für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung (BMVBS), wie die deutsche Einheit von der Bevölkerung wahrgenommen und eingeordnet wird. Parallel zur wissenschaftlichen Analyse wurde vom 9. Januar 2009 bis zum 9. Februar 2009 ein moderierter Dialog mit der Öffentlichkeit im Internet durchgeführt.

Ziele des Online-Dialoges auf [www.unsere-deutsche-einheit.de](http://www.unsere-deutsche-einheit.de):

- Erfahrungen mit dem Beteiligungsformat „Online-Dialog“ sammeln.
- Meinungen, Wahrnehmungen und Bewertungen der Bürger und Bürgerinnen zur deutschen Einheit einholen.
- Eine breite Öffentlichkeit über das Thema und Forschungsprojekt informieren.
- Einer breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, ihre persönlichen Themen, Bilder und Wahrnehmungen des deutschen Vereinigungsprozesses zu kommunizieren und öffentlich sichtbar zu machen.
- Validierung der bislang erarbeiteten Forschungsergebnisse (Themenschwerpunkte der öffentlichen Diskussion).

Es wurde ein sehr strukturiertes Dialogkonzept gewählt, um die Diskussion fokussiert zu führen und auf das Erkenntnisinteresse des Forschungsprojektes zu begrenzen. Drei Fragen und deren Beantwortung stellten das Kernelement der Beteiligungsmöglichkeit dar:

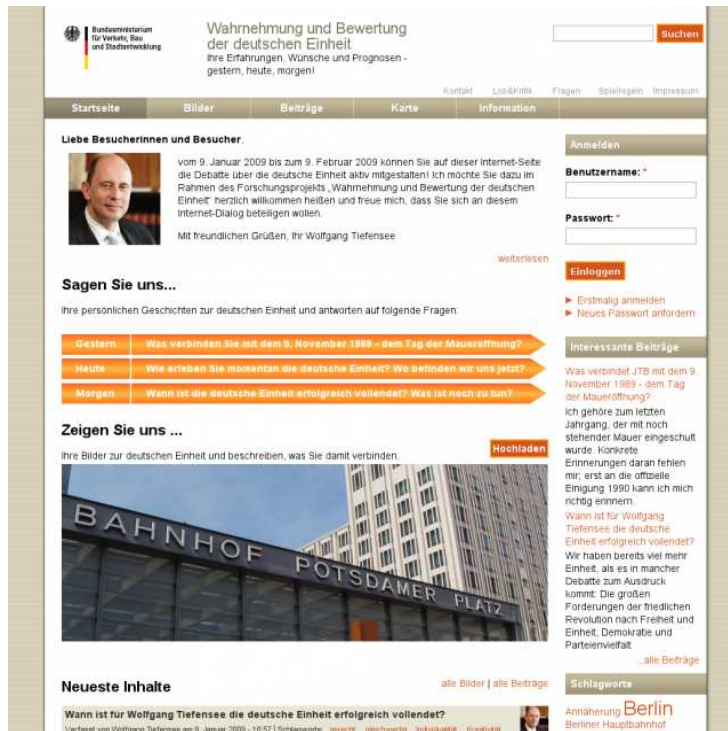
- **Gestern:** Was verbinden Sie mit dem 9. November 1989 – dem Tag der Maueröffnung?
- **Heute:** Wie erleben Sie momentan die deutsche Einheit? Wo befinden wir uns jetzt?
- **Morgen:** Wann ist die deutsche Einheit vollendet? Was ist noch zu tun?

Die Online-Plattform wurde von über 7.000 Personen besucht, die sich informierten oder Beiträge der anderen Teilnehmer lasen. Die Beantwortung von drei Fragen zum Gestern, Heute und Morgen der Deutschen Einheit bildete das zentrale Element des Online-Dialoges. Die offenen Fragestellungen ermöglichten den Teilnehmern, eine große Bandbreite an Themen zu artikulieren. Jede interessierte Person konnte sich beteiligen und Antworten sowie Bilder einstellen. Voraussetzung war eine Registrierung mit Benutzernamen und Mailadresse.

Insgesamt meldeten sich 229 Teilnehmer an, die zusammen 402 Beiträge verfassten. Das Alter der angemeldeten Teilnehmer reichte vom Jahrgang 1929 bis 1990 und umfasste somit verschiedene Generationen.

Die Verteilung der Teilnehmer zwischen Ost und West war relativ ausgeglichen. Einen räumlichen Schwerpunkt bildeten Ballungsräume wie Berlin, Frankfurt, Leipzig oder das Ruhrgebiet. Männer stellten mit fast zwei Drittel der Teilnehmer die eindeutige Mehrheit im Dialog.

Abb. 4: Startseite des Online-Dialogs auf [www.unsere-deutsche-einheit.de](http://www.unsere-deutsche-einheit.de)



## „Die Wiedervereinigung war ein Glücksfall der Geschichte!“

Die Maueröffnung/Wiedervereinigung wird von den Teilnehmern ganz überwiegend positiv bewertet. So wurde die deutsche Teilung fast durchweg als ein künstlicher Zustand wahrgenommen, der durch die friedliche Revolution überwunden werden konnte. Die Vorteile der Wiedervereinigung sehen die meisten Teilnehmer dabei in einem Mehr an individuellen Möglichkeiten und Freiheiten sowie dem Ende von familiären Trennungen. Insgesamt sind die Beiträge der Teilnehmer in der Rubrik „Gestern“ von persönlich Erlebtem und einem hohen Maß an Emotionalität gekennzeichnet.

Während die Maueröffnung und Wiedervereinigung annähernd von allen begrüßt wird, ist der Verlauf des darauf folgenden Einigungsprozesses deutlicher Kritik ausgesetzt. Je nach Standpunkt und Wahrnehmung des/der jeweiligen Teilnehmer/in variieren die kritisierten Punkte hier deutlich. Eine sich abzeichnende Grundtendenz ist allerdings die Enttäuschung über eine ausgebliebene Staats- und Verfassungsreform nach Artikel 146 GG, die einen Neubeginn für alle Bürger Deutschlands und eine gesellschaftliche Wertedebatte ermöglicht hätte. Gleichzeitig räumt eine sehr große Zahl von Teilnehmern ein, dass der eigentliche Wiedervereinigungsprozess vornehmlich institutionell gelungen ist, auf der mentalen Ebene sich aber nach wie vor deutliche Brüche abzeichnen.

## „Ein Dialog auf Augenhöhe findet nur selten statt.“

Ein eindeutig dominierendes Thema bei der Auseinandersetzung der Teilnehmer mit dem gegenwärtigen Stand der deutschen Einheit ist die Frage differierender Identitäten. Diese Differenz wird, zumal von den älteren Teilnehmern, immer wieder herausgestellt. Auch wenn die Einschätzung von Gründen hierfür und die damit im Zusammenhang gesehenen

Probleme stark variieren, auch wenn eine vollständige Überbrückung der Divergenz zwischen den Vorwende-Generationen vielen Teilnehmern nicht möglich erscheint, so sind Viele darin einig, dass sich diese Divergenzen letztlich erst mit den folgenden Nachwende-Generationen endgültig lösen werden. Die Rolle der Politik und insbesondere der Medien bei der Vermittlung der gewachsenen Identitäten wird fast durchweg negativ wahrgenommen. Die vielfach klischeehafte Berichterstattung, sowie das starre Festhalten an Ost-West-Schemata stehen im Mittelpunkt der Kritik.

Im Kontrast hierzu wird das Zusammenwachsen im eigenen privaten und beruflichen Umfeld überwiegend als gelungen wahrgenommen. Die Frage der Identitäten ist zudem für viele Teilnehmer weit weniger politisch konnotiert, denn vielmehr Ausfluss von Erfahrungs- und Austauschprozessen.

Die ökonomische Ungleichheit bildet einen weiteren erkennbaren Themenblock. Deutlich wird in vielen Beiträgen hierzu, dass die Frage der ungleichen Löhne, Sozialbezüge und Renten weniger als eine ökonomische Benachteiligung denn als eine fehlende kollektive Anerkennung wahrgenommen wird. Unter diesem Aspekt betrachtet, wird die Frage nach der Anerkennung der eigenen Identität von vielen Teilnehmern hier unter anderem Gewand verhandelt. Eine Begründung könnte darin liegen, dass die Beseitigung der Ungleichgewichte in diesem Bereich für viele Teilnehmer eine klar benennbare politische Handlungsanweisung darstellt, die per Gesetz durchsetzbar wäre.

### **Weniger übereinander, mehr miteinander reden**

Die geäußerten Entwicklungserwartungen für die deutsche Einheit zeigen eine recht große Varianz. Vielfach wurden von Teilnehmern allgemeine politische Erwartungen formuliert, die nur sehr bedingt in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Deutschen Einheit stehen. Auch wenn eine vollständige Überbrückung der Divergenz zwischen den Vorwende-Generationen vielen Teilnehmern nicht möglich erscheint, wünschen sie sich die Bereitstellung entsprechender Dialog-Räume zur Annäherung und den Austausch der unterschiedlichen Wahrnehmungen und Bewertungen auf Augenhöhe. Soweit Handlungserwartungen an die politischen Akteure in diesem Feld formuliert wurden, bezogen sie sich auf Austausch- und Partnerprogramme zwischen den verschiedenen Regionen in Deutschland im Rahmen von Bildungs-, Jugend- und Kommunalpolitik sowie die Bereitstellung entsprechender Dialog-Räume. In diesem Zusammenhang wird von einigen Teilnehmern auch die Fortführung des Online-Dialoges gewünscht.

Die grundsätzliche positive Einschätzung über die Bedeutung von Online-Dialogen bei der Ausgestaltung des demokratischen Diskurses hat sich auch im Dialog-Format [www.unsere-deutsche-einheit.de](http://www.unsere-deutsche-einheit.de) bestätigt. Gleichwohl das Format nicht dem Anspruch der Repräsentativität gerecht wird, stimmt die Auswertung der dort eingestellten Gesamtheit der Beiträge über die Wahrnehmung und Einschätzung der Deutschen Einheit in weiten Teilen mit den Erkenntnissen aus der sozialwissenschaftlichen Studie des Innovationsverbundes überein.

Der Online-Dialog auf [www.unsere-deutsche-einheit.de](http://www.unsere-deutsche-einheit.de) erhöhte die Aufmerksamkeit auf das Forschungsprojekt und erreichte eine breite Resonanz bei den Teilnehmern. Die mediale Resonanz war erstaunlich: zahlreiche Beiträge in Zeitungen und Online-Portalen sowie Interviews im Radio und TV griffen den Online-Dialog auf. Berichtet wurde in der Süddeutschen

Zeitung, im Tagesspiegel und der Berliner Zeitung, im RBB Kulturradio sowie Berlin TV, ZDF heute und dem Nachrichtensender France24. Auch nach dem Ende des Online-Dialoges kommen Nachfragen zur möglichen Verwendung von Zitaten der Teilnehmer für Ausstellungen, Berichte über das Projekt etc.